

Erscheint täglich außer Sonntagen. Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Preisbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 72 Pf. Postbestellgebühren.

## Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Mittelzeile 30 Pf., Restzeile 2.— M. Ermäßigungen nach Tarif. Postbestellkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 536. — Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor! Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Dönhof (A 7) 792—797.

# 100 Millionen für Schwerindustrie

## Offene Liebesgaben für Flic / Der Schleier lüftet sich

Auch heute war das Dunkel kaum zu durchdringen, das um die Affäre Reich—Dresdener Bank—Flic verbreitet ist. Wir haben heute festgestellt, daß sich alle beteiligten Stellen gegenseitiges Schweigen gelobt haben. Erst am Nachmittag sollen Erklärungen abgegeben werden.

Wir sind in der Lage, den Schleier bereits etwas zu lüften. Wie können heute mit aller Bestimmtheit erklären, daß die Behauptung, daß die französische Schwerindustrie oder französische Banken sich an der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie beteiligen wollten, und daß bei dieser Schlüsselindustrie eine Ueberfremdungsgefahr bestehe, eine Zweckbehauptung ist. Es handelt sich hier um eine Tarnung der wahren Absichten, die einfach nur auf die Erlangung riesiger Subventionen und Liebesgaben für die Schwerindustrie und auf die vorläufige Verhinderung einer Verlustbereinigung abzielen.

Die Dinge liegen einfach folgendermaßen: Flic schuldet für beliebige Gelsen-Aktien in Deutschland teilweise auch im Ausland große Summen. Wenn die Gläubiger gegen Flic erklutieren, wäre Flic pleite, und Flic würde auch die Herrschaft über den Charlottenhütte-Mittelstahl-Komplex verlieren. Das möchte Flic unter keinen Umständen. Er gibt lieber die Herrschaft über die Vereinigten Stahlwerke preis, die er mit dem großen Gelsen-Paket heute noch nominell ausübt. Das fällt Flic nicht schwer, weil die Beteiligungen an den Vereinigten Stahlwerken nicht nur keinen Biennid Dividende bringen, sondern außerdem noch unheimliche Kursverluste.

Aber auch die Banken sind an dem Geschäft beteiligt. Neben der Dresdner und der früheren Danai-Bank hat auch die Commerz- und Privatbank Forderungen an Flic, die unterbedeckt sind. Flic und die Banken haben das gemeinsame Interesse, sich auf Kosten des Reichs zu einigen. Das Reich löst Flic bei den Banken aus, läßt Flic den Charlottenhütten-Komplex übernehmen, die Gelsen-Aktien aber nicht selbst, sondern durch die Dresdner Bank, und kann so als Reich darauf verzichten, bei der Schwerindustrie einen direkten Einfluß zu nehmen. Daraus ergibt sich eine unerhörte Skandalöse Situation.

Nicht weniger als 100 Millionen Mark soll das Reich hier zur Verfügung stellen. Daraus ergibt sich, daß der Kurs für die Gelsen-Aktien, der vom Reich gezahlt wird, nahe bei 100 Proz. liegen muß, bei einem jetzigen Kurs von 42 und bei einem rechtmäßigen Kurs von höchstens 23 Prozent. Das Reich verzichtet also 75 Millionen Mark und verzichtet gleichzeitig auf die Wahrnehmung des ihm zustehenden Einflusses bei der Schwerindustrie.

Diese Dinge geschehen, obwohl bei den Vereinigten Stahlwerken, von denen ja 463 Mill. Mark durch die Gelsenkirchener Bergwerks-A.G. beherrscht werden, noch keine Sanierung erfolgt oder ins Auge gefaßt ist. Es wird vom Reich so verfahren, als ob die Sanierung schon erfolgt wäre mit der Wirkung, daß bei der später stattfindenden Sanierung der jetzige nominelle Einfluß des Reiches verloren gehen müßte. Offener kann der Liebesgaben- und Subventionscharakter der ganzen Flic-Aktion nicht enthüllt werden!

### Hierl Reichskommissar?

#### Die Arbeitsdienstpläne enthüllen sich.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit: „Wie in politischen Kreisen verlautet, ist der Sachbearbeiter für Arbeitsdienstfragen in der Reichsleitung der NSDAP, Oberst a. D. Hierl, von der Reichsregierung als Arbeitsdienst-Kommissar in Aussicht genommen.“

Der Nationalsozialist Hierl hat soeben im Rundfunk, den die Reichsregierung für die Nazi-Parteiagitation zur Verfügung stellt, eine wilde Parteireden für den Arbeitsdienst gehalten, aus der hervorgeht, daß der Arbeitsdienst, so wie die Nazis ihn auffassen, mit Arbeit sehr wenig zu tun hat.

Wenn dieser Mann Reichskommissar für den Arbeitsdienst werden soll, so wird damit signalisiert sein, daß dieser Arbeitsdienst eine nationalsozialistische Parteiangelegenheit sein soll!

## Hoover greift in Lausanne ein

### Rüstungseinschränkung gefordert

Lausanne, 21. Juni. (Eigenbericht.)

Auf direkte Veranlassung des amerikanischen Präsidenten Hoover fand gestern abend in Morges nahe Lausanne eine außerordentlich wichtige Beratung statt, durch die Amerika trotz aller früheren Ablehnungen mittelbar in die Lausanner Verhandlungen eingegriffen hat.

Am diese Besprechung wurde das größte Geheimnis gebrüht; alle Beteiligten erschienen verabredungsgemäß in unauffälligen Privatwagen. Es nahmen daran teil von amerikanischer Seite Gibson und Norman Davies, von französischer Seite Herriot und Marcel Ray. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch

#### Verletzung einer amerikanischen Bottschaft,

welche darauf hinweist, daß die Zahlungen Europas an Amerika wesentlich geringer seien als der Verzicht, den Amerika bei jeder möglichen Auslieferung der Reparationen und Kriegsschulden selbst zu tragen habe. Daher sei der amerikanische Vorschlag für die Herabsetzung der Heeresstärke unbedingt eine Formel, auf die Amerika nicht verzichten könne.

#### Europa gibt wesentlich mehr für Rüstungen aus, als es an Amerika abzuführen habe.

Herriot betonte demgegenüber, daß Frankreich augenblicklich bei seinen Rekrutierungen auf die schlechten Kriegsjahrgänge angewiesen sei und daher eine nennenswerte Herabsetzung seiner Truppenzahl nicht ertragen könne. Die Amerikaner bestanden trotzdem darauf, daß eine Verbindung von Nachlaß der Reparationen und Herabsetzung der Rüstungen unbedingt durchgeführt werden müssen.

Man konnte sich im Verlaufe der Aussprache noch nicht einigen, doch verlautet hier in Lausanne, daß die Amerikaner

eine Erklärung des Präsidenten Hoover im Repräsentantenhaus in den nächsten Tagen veranlassen würden, die bereits Bezug nehmen könne auf eine Verständigung mit Frankreich. Den Verhandlungen lag weiter ein von Herriot eingebrachter Plan für die Lösung der Sicherheitsfrage zugrunde, der von dem belgischen Juristen Bourquin ausgearbeitet ist. Er enthält im wesentlichen eine neue Auslegung des Artikels 10 der Völkervereinbarungen, die eine genaue Bestimmung des Angreifers durch den Völkervereinbar rat ermöglichen soll. Die amerikanischen Unterhändler wollten gar nicht auf eine derartige Verschiebung des Problems eingehen, worüber es nochmals zu einer gewissen Spannung zwischen ihnen und den Franzosen kam.

Heute vormittag verhandelte Herriot mit Macdonald mehrere Stunden lang; die Verhandlungen dauern noch an.

## Am Rande des Bürgerkriegs.

### Hitler droht. — Was tut die Reichsregierung?

Vier Tage wieder erlaubte SA. haben das Ergebnis gehabt, das in der Begründung des Verbots vom 13. April klar vorausgesehen wurde: bürgerkriegsähnliche Zustände! Hier schlagen sich Nazis mit Kommunisten, dort Nazis oder Kommunisten mit der Polizei. Einer beschuldigt den andern, der Angreifer gewesen zu sein, jeder zählt seine Verwundeten und seine Toten.

So wie es ist, kann es nicht bleiben. Entweder es muß etwas geschehen, um dem Unheil Einhalt zu tun, oder die Gegenparte werden sich weiter verschärfen, die Zahl der Opfer wird steigen, die Verwirrung, die Rechtsunsicherheit wird noch größer werden — und die Wirtschaft wird unter diesen politischen Zuständen noch weiter verelenden.

In dieser Situation bestimmt Adolf Hitler die Reichsregierung mit der Zumutung, sie solle sich ganz offen gegen die Polizei der Länder auf die Seite der Nationalsozialisten und der SA. stellen. Er ist mit seinem ganzen Stab, Fric, Göring usw. im Reichsministerium des Innern aufmarschiert, um Herrn von Gagal gegen die Gewalten der öffentlichen Ordnung in den Ländern aufzuputschen. Ueber diese Unterredung berichtet die „Deutsche Zeitung“:

„Wie wir erfahren, hat Hitler im Reichsinnenministerium eine Besprechung mit dem Freiherrn von Gagal gehabt. Von der zuständigen Reichsstelle ist eine Mitteilung über diese Besprechung nicht verbreitet worden. Man geht aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß Hitler bei dieser Gelegenheit den Reichsinnenminister besonders auf die handstehenden Vorgänge in München und Köln hingewiesen und ernste Vorstellungen erhoben hat in der Richtung, daß der Reichsinnenminister die SA. gegen die im Widerspruch zu den ausdrücklichen reichsgesetzlichen Anweisungen der politischen Rotverordnungen stehenden Uebergriffe schützen möge. Man kann annehmen, daß der Reichsinnenminister sich der Berechtigung der Vorstellungen Hitlers nicht verschlossen hat.“

Zugleich aber veröffentlicht der „Völkische Beobachter“ eine offene Drohung an die Adresse des Herrn von Gagal, indem er schreibt:

Herr von Gagal, die Zeichen stehen auf Sturm! Erkennen Sie die Stunde, oder die Entwicklung wird unbarmherzig ihren Lauf nehmen!

Herr von Gagal hat morgen Konferenz mit den Länderregierungen. Er wird „unbarmherzig“ vor die Frage gestellt werden müssen, ob er die verfassungsmäßigen Organe zum Schutze der öffentlichen Ordnung seiner Pflicht entsprechend unterstützen oder ob er vor den Drohungen der Nationalsozialisten zurückweichen will.

Die Regierung von Papen hat in wenigen Tagen ihrer Tätigkeit mehr Unheil über Deutschland gebracht als irgendeine Regierung zuvor. Wenn sie nicht die Verantwortung übernehmen will für Dinge, die kein Mensch mit Gewissen beantworten kann, so muß sie den Mut zur Umkehr finden. Sie hat durch die Aufhebung des SA.-Verbots und des Uniformverbots bürgerkriegsähnliche Zustände herauf-

### Das Schoßkind



Hitler: „Mit der Regierung v. Papen habe ich nicht das mindeste zu tun“









